

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Band: 68 (1988)
Heft: 6

Rubrik: Kommentare

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 20.11.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Nach dem Aufschwung — Rezession oder Depression?

Der Konjunkturaufschwung, der 1983 begann, zählt zu den längsten der Wirtschaftsgeschichte. Seit dem Crash vom 19. Oktober 1987 wird in der Öffentlichkeit diskutiert, wie lange der laufende Aufschwung noch dauern und was danach kommen werde. In der Konjunktur- und Wachstumsforschung wird über die langfristigen Aussichten der Wirtschaft schon seit dem Einbruch der siebziger Jahre nachgedacht. Es werden drei Positionen bezogen:

1. Eine erste Gruppe geht davon aus, 1983 habe ein neuer Wachstumstrend begonnen. Es komme lediglich zu Schwankungen in den Zuwachsraten des Volkseinkommens: Wir hätten mit Wachstumszyklen zu tun, uns stünden «goldene neunziger Jahre» bevor.

2. Eine zweite Gruppe geht vom traditionellen Konjunkturzyklus aus, der in der Regel vier Jahre dauert. Danach wäre bereits 1986 eine Rezession fällig gewesen, sie werde — spätestens — 1990 kommen.

3. Eine dritte Gruppe sagte eine Depression ab 1990 voraus. Sie orientiert sich nach den «langen Wellen der Konjunktur», auch Kondratieff-Zyklen oder -Wellen genannt. Hier gibt es alle 60 Jahre eine (grosse) Depression, so in den 1870er und in den dreissiger Jahren. 1990 werden seit der Weltwirtschaftskrise der dreissiger Jahre 60 Jahre vergangen sein!

Die Einschätzungen der wirtschaftlichen Zukunft bewegen sich zwischen einem (eher) störungsfreien langfristigen Wachstum und einer schweren

Wirtschaftskrise. Im ersten Fall gibt es wenig wirtschaftspolitischen Handlungsbedarf, im zweiten Fall stehen die Verantwortlichen vor einer historischen Herausforderung: Sie müssen nicht nur «richtig», sondern auch «rechtzeitig» handeln. Ihre Verunsicherung ist insofern verständlich, als die Ansichten über die wirtschaftliche Zukunft diametral auseinandergehen.

Goldene neunziger Jahre?

Optimistisch gestimmt ist der Euro-Report der Prognos AG (Basel) aus dem Jahr 1983: In den neunziger Jahren soll sich der langfristige Aufschwung sogar beschleunigen. Die Wachstumsimpulse gehen von der Kommunikations-, Automations-, Verfahrens- und Werkstofftechnik aus. Diese Basis-Innovationen sind ab 1983 zum Träger eines langfristigen Aufschwungs geworden. Mit dieser Überzeugung steht die Prognos AG nicht allein da! In bezug auf das Stadium, in dem sich die technologische Revolution befindet, nämlich in der Anwendungsphase, gehen die Meinungen kaum auseinander. Was dagegen andere Probleme wie die Verschuldung und die aussenwirtschaftlichen Ungleichgewichte betrifft, sind grosse Divergenzen auszumachen.

Analysiert man einen Zeitraum von 50 bis 60 Jahren, so kann man mit J.A. Schumpeter und S. Kuznets folgende Phasen unterscheiden: Prosperi-

tät, Rezession, Depression und Revitalisierung (Revival). Danach erscheint es realistisch, von den «goldenen neunziger Jahren» zu sprechen, wenn die Nachkriegszeit wie folgt verläuft: Prosperität bis zur Rezession von 1967. Die Depression hat mit dem starken Einbruch 1974–1976 stattgefunden. In den achtziger Jahren (ab 1983) begann das «Revival». Es wird sich fortsetzen und im Laufe der neunziger Jahre in eine längerfristige Prosperität einmünden. Gegenwärtig wird man an die Projektionen der sechziger und Anfang der siebziger Jahre erinnert. Je länger das wirtschaftliche Wachstum anhielt und je milder die Rezessionen ausfielen, desto mehr wurde «störungsfreies» Wirtschaftswachstum vorausgesagt. Kurz vor dem Trendbruch der Nachkriegszeit kamen renommierte Wachstumsforscher zum Schluss: Der Konjunkturzyklus hat in der Nachkriegszeit seine Natur geändert. Der klassische Konjunkturzyklus ist vorbei, er wurde von Wachstumszyklen abgelöst, und: Depressionen gehören der Vergangenheit an¹.

In der zweiten Hälfte der siebziger Jahre kam es zu einer Belebung der Konjunkturforschung. Damit wurde auf die Krise von 1974/76 reagiert. Der konjunkturpolitische Handlungsbedarf forderte die empirische Forschung heraus: Der Konjunkturzyklus wurde wieder entdeckt². Jene, die auch heute noch an der Existenz von kurz-, mittel- und langfristigen Zyklen — oder zumindest Wellen — zweifeln, können die neuesten Forschungsergebnisse konsultieren³.

Nun darf man nicht übersehen: Auch in einer «Revival»-Phase kann es zu Rezessionen kommen, bisher mündeten sie aber nicht in eine Depression: Es folgte stets eine Periode der Prospe-

rität. Seit dem Crash von 1987 wird intensiv über die Möglichkeit einer Rezession 1989 oder 1990 diskutiert. Was dafür spricht, ist eine Frage von höchster Aktualität, nachdem sie unmittelbar nach dem Crash von 1987 insbesondere von Institutionen «kräftig» verdrängt wurde.

Geht man von einem vierjährigen Konjunkturzyklus aus, so ist 1988 das dritte Jahr: Es zeichnet sich in der Regel durch Engpässe oder Überhitzung aus. Die Rezession folgt im vierten Jahr und mithin 1989. Dieses «mechanische» Denken ist keine Begründung, denn in der Wirtschaft haben wir es nicht mit «Naturgesetzen» zu tun. Es ist daher angezeigt, nach Ursachen einer Rezession Ausschau zu halten. Dabei ist zu beachten: Vorlauf-Indikatoren vermögen zwar kommende Ereignisse anzuzeigen, sie dürfen aber nicht mit den Ursachen verwechselt werden: Das gilt sowohl für die Börse als auch den Sammelindex der konjunkturellen Frühindikatoren.

Historische Parallelen

Seit dem Crash von 1987 suchen u.a. Broker, Börsenbriefe und Forschungsinstitute nach historischen Parallelen. Man fand heraus, dass die letzten sieben Bullmärkte im abgelaufenen Vierteljahrhundert im Durchschnitt zwischen sieben und acht Monaten vor dem konjunkturellen Höhepunkt zu Ende gingen. Ist der Crash von 1987 ein «echter» Vorlauf-Indikator, so ist eine Rezession — in den USA — schon 1988 fällig. Im weiteren soll in diesem Jahrhundert jeder Kurssturz an der Wallstreet, der — in Friedenszeiten — über 35 Prozent hinausging, eine Rezession angekündigt haben. Da der

letzte Crash zu einem erheblichen Teil durch computergesteuerte Verkaufsprogramme ausgelöst und beschleunigt wurde, darf er nicht ohne weiteres mit früheren «Börsenstürzen» verglichen werden.

Der Sammelindex der konjunkturellen Frühindikatoren lässt seit dem letzten Quartal 1987 auf eine Rezession schließen: Er war dreimal hintereinander rückläufig. Damit stellt sich die Frage nach dem Zeitpunkt einer Rezession. Ist man jedoch überzeugt, es komme in der ersten Hälfte 1988 zu einem massiven Lagerabbau in den USA, so könnte die Wirtschaft sich erneut erholen: In der zweiten Hälfte 1988 würde sie rascher wachsen. Davon ist u.a. die «Value Line» (New York) überzeugt. Damit wäre die Rezession verschoben. Man ist — so oder anders — gut beraten, die Entwicklung des Sammelindex der konjunkturellen Frühindikatoren — auch in seiner Zusammensetzung — zu verfolgen, um über den (künftigen) Gang der US-Wirtschaft ausreichend informiert zu sein.

Expansion des Konsums

Der Konjunkturaufschwung wird seit 1983 von einer kräftigen Expansion des privaten Konsums getragen. Die amerikanischen Steuersenkungen gingen nicht wie erwünscht in Sparen und Investieren, sondern in den Verbrauch, und: die Konsumkredite haben einen historischen Höchststand erreicht. Entsprechend wurden künftige Einkommen schon verbraucht, das kann nicht ohne Auswirkungen auf den Konjunkturverlauf bleiben. Zwar hat das «Vertrauen der Konsumenten» nach dem Crash von 1987 einen

Dämpfer erhalten, er fiel eher bescheiden aus und war von geringer Dauer. Es gilt zu bedenken, dass der Nachholbedarf im Bereiche der dauerhaften Konsumgüter, insbesondere Autos, allmählich gedeckt ist. Hier wird eine Rezession nicht ausbleiben (können): Sie dürfte aber durch einen wachsenden «Lageraufbau» verzögert werden.

Im Masse, in dem der private Verbrauch sich abflacht und später rückläufig ist, bleiben negative Auswirkungen auf die Investitionen nicht aus. Eine dämpfende Wirkung geht im weiteren vom Abbau der US-Budgetdefizite aus. Es verbleiben die Exporte als entscheidender Konjunkturmotor. Solange diese rascher wachsen als die Binnennachfrage nachlässt, resultiert noch wirtschaftliches Wachstum. Die US-Exporte sind aber nicht nur eine Funktion der Wechselkurse, sondern auch der wirtschaftlichen Entwicklung, insbesondere in den OECD-Ländern. Japan und die Bundesrepublik haben bisher nicht in dem Masse «Konjunkturlokomotive» gespielt, wie es die Amerikaner wünschen. Das dämpft die US-Exporte und führt in die Rezession. Eine solche greift aber auf die OECD-Länder sowie auch Hongkong, Singapore, Süd-Korea und Taiwan über. So gesehen vermag die Prognose des «Bank Credit Analyst» im Outlook 1988 (S.31) zu überzeugen: *«So, to sum up, we see increasing economic weakness ahead, gradually turning into a U.S. and world recession.»*

Wann kommt die Rezession?

Nun stellt sich die Frage, wann die Rezession kommt und wie schwer sie ausfallen wird. In bezug auf den Zeit-

punkt lauten die meisten Prognosen auf 1989. Ob sie in eine Depression mündet, darüber gehen die Meinungen stark auseinander. Beliebt ist hier ein Vergleich mit den zwanziger Jahren. Wer diese mit den achtziger Jahren vergleicht, der darf nicht vergessen: Jede Phase der wirtschaftlichen Entwicklung ist — historisch — einmalig, aber: Es lassen sich Parallelen nachweisen, sie müssen nicht zufällig sein. Es können ähnliche oder gleiche Ursachen am Werke gewesen sein: Das ist für die USA in mancher Beziehung der Fall, die meisten europäischen Länder erlebten in den zwanziger Jahren keine Prosperität: Deutschland durchlief eine Super-Inflation, Grossbritannien war im «Niedergang» und verlor seine (weltweite) Vorherrschaft an die USA, während Frankreich mit grossen wirtschaftlichen Problemen kämpfte.

Bezieht man die Entwicklung von Beschäftigung und Volkseinkommen, die Geld-, Kredit- und Steuerpolitik, die Zinssätze und die Inflation in den Dekadenvergleich ein, so ist eine weitgehende Übereinstimmung nicht zu übersehen. Die meisten dieser statistischen Reihen verlaufen nahezu parallel, die zeitlichen Verzögerungen sind eher unbedeutend: Das trifft jedenfalls für die Zeit bis zum Crash vom 19. Oktober 1987 zu. In den zwanziger Jahren kam der Crash (erst) am 29. Oktober 1929, ihm folgte die Depression der dreissiger Jahre. Vom ersten Einbruch erholte sich der Dow Jones um rund die Hälfte bis zum August 1930, dann brach er auf ein Rekordtief durch: Noch 1988 wird es sich zeigen, ob der Dow Jones ähnlich wie 1929/1930 verläuft: Daraus können Rückschlüsse auf die künftige Entwicklung der Wirtschaft gezogen werden. In den zwanziger Jahren erreichte

die Konjunktur, an den damals üblichen Indikatoren gemessen, ihren Höhepunkt zwischen dem Januar und dem Juni 1929 und mithin zwischen 4 und 10 Monate vor dem Crash vom 29. Oktober 1929 wie S. Kuznets (*Economic Change*, London 1954, S.104) nachgewiesen hat. Obwohl eine Rezession angekündigt wurde, nahm die Börse davon keine Kenntnis: Die Spekulation trieb die Kurse an der Wallstreet weiter nach oben. Die Börse gab insofern ein Fehlsignal, als sie eine (künftige) Entwicklung vortäuschte, die jedoch nicht Prosperität, sondern Depression brachte.

Eine Cassandra

Eine (schwere) Depression wird für die neunziger Jahre nicht erst heute von den Anhängern der «langen Wellen der Konjunktur» vorausgesagt. Das grösste Aufsehen erregte aber bisher — in den USA — der Bestseller «The Great Depression of 1990» von Ravi Batra aus dem Jahre 1987⁴. Im wesentlichen geht er davon aus, dass es in den USA dreissigjährige Zyklen bei «Money Growth», «Inflation» und «Regulation» gibt. Gelang es jeweils nach 30 Jahren, eine Depression zu vermeiden, so kam es jeweils alle 60 Jahre zu einem schweren Einbruch: Die letzte begann 1930, 1960 blieb sie aus, nun ist sie 1990 fällig! Es kommt — neu — hinzu, dass Japan ebenfalls 1990 am Ende des (ersten) langfristigen Zyklus ist, es kommt (auch) dort zu grossen Schwierigkeiten. In bezug auf den Bruch des Wachstumstrends ab Herbst 1973 ist Batra der Ansicht, es habe sich nicht um eine Depression gehandelt: Die damalige Krise könne nicht durch den Kondratieff-Zyklus erklärt werden.

Kurz gesagt: Die Depression liegt nicht hinter, sondern vor uns!

Ob Batra «richtig» liegt, hängt entscheidend von der Ansetzung der Kontraktwellen ab. Seit 1790 dauern diese jeweils 50 bis 60 Jahre: Sie bestehen aus einem «Anstieg» und einem «Abstieg» von jeweils (je) 25 bis 30 Jahren. Im Mittelpunkt des Interesses steht die Frage, wann der Anstieg zu Ende ging, der um die Mitte der 1890er Jahre begann. Die meisten Forscher sehen 1913 oder 1914, also mit dem Beginn des Ersten Weltkrieges. «Rechnet» man wie üblich 60 Jahre hinzu, so erreichen wir 1973 bzw. 1974. Da die Depression jeweils am Anfang eines Abstiegs sich vollzog, hat sie in den siebziger Jahren stattgefunden. Konsultiert man die Forschungsergebnisse zu den «langen Wellen», so wird das Ende des Anstiegs der Nachkriegszeit je nach Autor zwischen 1967 und 1974 angesetzt⁵. Entscheidet man sich für 1967, so hat sich damals im Sinne von J.A. Schumpeter und S. Kuznets⁶ eine Rezession abgespielt, der ab 1973/74 eine Depression folgte: Nun befinden wir uns in der «Revival»-Phase.

Einige Autoren setzen das Ende des Anstiegs aus den 1890er Jahren, insbesondere für die USA, zwischen 1920 und 1929 an: Der Erste Weltkrieg hat diesen Anstieg nur unter-, nicht aber abgebrochen. Auch bei einer solchen Betrachtung ist R. Batra, der zwei dreissigjährige Zyklen zwischen 1930 und 1990 sieht, Aussenseiter. Alle Forscher, welche die zwanziger Jahre noch zum erwähnten Anstieg zählen, sehen das Ende des Anstiegs der Nachkriegszeit zwischen 1967 und 1974. Es gilt zu bedenken, dass die Periode 1914–1945 durch zwei Weltkriege verzerrt ist, weshalb man diese prognostisch

nicht strapazieren sollte. Man hält sich besser am Anstieg der Nachkriegszeit, um von hier aus in die Zukunft zu blicken. Gleichzeitig ist zu beachten, dass die Depression jeweils am Anfang eines langfristigen Abstiegs zu finden ist. Auf einen Schub von Basis-Innovationen folgt erfahrungsgemäss innerhalb von 15 bis 25 Jahren die Phase der Prosperität. Demnach steht diese in den neunziger Jahren bevor: Doch das schliesst keineswegs (milde) Rezessionen aus.

Revitalisierung

So gesehen liegt auch das «National Bureau of Economic Research» mit seinem — schematisierten — Ablauf der «langen Wellen» nicht richtig. Zwar ging der langfristige Anstieg (auch) Anfang der siebziger Jahre zu Ende, es folgte aber eine «Verlängerungsphase» mit Hilfe einer expansiven Geld- und Finanzpolitik: Erst darauf kommt es zum — depressiven — Einbruch, der bereits um Mitte der achtziger Jahre fällig gewesen ist. Doch im Gegensatz dazu erleben wir seit 1983 eine Wachstumsphase. Offenbar hat sich die Wirtschaft früher als erwartet revitalisiert und befindet sich jenseits der depressiven Gefahr. Dies ist nur dann nicht der Fall, wenn zeitliche Verzögerungen im Spiel sind.

Orientiert man sich am aktuellen Forschungsstand zu den «langen Wellen», so steht in den neunziger Jahren keine Depression bevor. Es kommt hinzu, dass die Industrieländer über ein entscheidend verbessertes wirtschaftspolitisches Instrumentarium verfügen als in den dreissiger Jahren. Im Gegensatz zu damals wird man keine kontraktive, sondern eine expansive Geld-

und Finanzpolitik betreiben. Dem Protektionismus dürfte man eher widerstehen als während der grossen Weltwirtschaftskrise. Obwohl wir Grund genug haben, nicht pessimistisch zu sein, dürfen die konjunkturellen und langfristigen Probleme aber nicht übersehen werden.

Reagiert die Notenbank auf eine — drohende — Rezession mit einer expansiven Geldpolitik, die von sinkenden Zinsen begleitet ist, so macht dies die Konsumenten «ausgabenfreudiger». Dabei ist allerdings zu bedenken, dass die US-Konsumenten eine — historische — Rekordverschuldung aufweisen. Zur Vernunft könnte nur eine Rezession die US-Konsumenten bringen: Die Importe würden rasch fallen, die Handelsbilanz sich entsprechend verbessern. Doch dies wirkt sich negativ auf die anderen Industrieländer aus, welche ihre Binnennachfrage ankurbeln müssen. Die Rezession lässt die Budgetdefizite automatisch ansteigen, da die Steuereinnahmen zurückbleiben: Die Politik der «Konsolidierung» der Staatshaushalte wird aufgegeben. An sich dürfte keine expansive Finanzpolitik betrieben werden, politisch ist dies jedoch illusorisch. Man muss schon zufrieden sein, wenn es nicht zu zweifelhaften Programmen zur Arbeitsbeschaffung kommt, denn: Die Infrastruktur ist zumindest im Erziehungs- und Gesundheitswesen überdimensioniert.

Je stärker die Rezession ausfällt, desto rascher gewinnen die langfristigen — strukturellen — Probleme an Bedeutung. Die Verschuldung der Ostblock- und Entwicklungsländer verschärft sich, sie kann ausser Kontrolle geraten. In den Industrieländern nehmen die Defizite zu, die Versuchung ist gross, sich der öffentlichen Schulden

über eine Inflationierung zu entledigen. In dem Masse wie die Zentralbanken — zu Recht — sich als «lender of last resort» betätigen, schaffen sie Inflationspotential. Was uns in der nahen und fernen Zukunft bedroht, ist eine Finanzkrise. Bricht sie aus, so stürzt sie die Weltwirtschaft in eine Depression. Es versteht sich von selbst, dass dies kein gutes Klima für die Fortsetzung der marktwirtschaftlichen Wende ist: Sie wird abgebrochen und durch noch mehr Verschuldung, Interventionismus und Protektionismus und einer zunehmenden Arbeitslosigkeit abgelöst: Die soziale und politische Unrast ist uns dann gewiss.

Dilemma der Weltwirtschaft

Die Weltwirtschaft durchläuft in den nächsten Jahren eine schwierige Phase: Sie ist mit einem schweren Dilemma konfrontiert. Was sich konjunkturpolitisch aufdrängt, nämlich expansiv zu wirken, ist langfristig zumindest bei der Staatsverschuldung nachteilig. Hier kann der Ausweg nur darin bestehen, auf eine expansive Ausgabenpolitik zu verzichten und eine zurückhaltende Geldpolitik zu betreiben. Ob dieses Unterfangen gelingt, ist mehr als fraglich, denn: Der Druck auf die Notenbank und den Staat wird — von allen Seiten — zunehmen und sich in dem Masse verstärken, als die wirtschaftliche Situation sich verschlechtert: Man wird die angebotsorientierte, marktwirtschaftliche Wirtschaftspolitik als verfehlt und gescheitert bezeichnen, um sich der nachfrageorientierten Variante zuzuwenden: Die sozialistischen Experimente werden (wieder) Auftrieb erhalten. Dem zu widerstehen ist die zentrale Aufgabe der Zukunft.

Nur die Politiker können uns davor bewahren, dass die Fehler der Vergangenheit wiederholt und die «goldenen neunziger Jahre» zur Illusion werden.

Walter Wittmann

¹ V. Zarnovitz (Ed.): The Business Cycle Today, National Bureau of Economic Research, General Series No. 96, 1972. — ² So u.a. G. Tichy: Konjunkturschwankungen, Berlin/Heidelberg/New York 1976. — P.A. Volcker: The Rediscovery of the Business Cycle, London 1978. — ³ A. W. Mullineux: The Business Cycle after Keynes, To-

towa, N.J. 1984. — C. Hillinger: Theorie und Empirie der Konjunkturzyklen, in: Konjunkturpolitik, 32. Jg. (1986), S. 101 ff. — ⁴ Ravi Batra, Die grosse Rezession von 1990. Die nächste Weltwirtschaftskrise ist vorprogrammiert. Heyne, München 1987. — ⁵ Siehe dazu u.a. J. P. Warren: The 50-Year Boom-Bust Cycle, Godalming 1982. — J. J. van Duijn: The Long Wave in Economic Life, London 1983. — Chr. Freeman: Long Waves in the World Economy, London 1984. — ⁶ Dazu u.a. R. D. Norton: Industrial Policy and American Renewal, in: Journal of Economic Literature, Vol. XXIV (March 1986), S. 6.

Der Geist von Davos

Kosmetik oder Wende im griechisch-türkischen Verhältnis?

«Wenn unser Mohammed und euer Christus beisammen süssen, Raki tränken und anstiessen wie du und ich, würden sie richtige, gute Freunde werden und sich nicht gegenseitig die Augen auskratzen ... Aber sie haben sich nicht hingesezt und getrunken, sondern statt dessen die ganze Welt in Blut getaucht ...»

Aus der «Griechischen Passion»
von Nikos Katzantzakis

Am Rande der Tagung des Internationalen Management-Symposiums in Davos kam es Ende Januar 1988 zu einem Treffen, das Schlagzeilen machte. An einem Wochenende (30./31. Januar) besprach sich der griechische Ministerpräsident Andreas Papandreou mit seinem türkischen Amtskollegen Turgut Özal ausführlich über die Meinungsdivergenzen zwischen Athen und Ankara. Das griechisch-türkische Gipfeltreffen war

sorgfältig vorbereitet worden. Anders als bei ihrer ersten Begegnung ebenfalls in Davos im Jahr 1986, bei welcher es sich nach offizieller Darstellung Athens lediglich um einen konventionellen «Händedruck» der beiden Politiker handelte, erörterten Papandreou und Özal diesmal eingehend die Probleme, welche ihre beiden Länder seit langem entzweien.

Es gab keine feste Traktandenliste. Papandreou setzte den Akzent auf die Festlandssockelfrage und das Zypernproblem. In bezug auf die Nutzung der Ölrressourcen in der Ägäis plädiert Athen für die Ausarbeitung einer gemeinsamen Schiedsgerichtsklausel, auf Grund deren die Angelegenheit dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag unterbreitet werden soll. Dabei soll das Völkerrecht zur Anwendung gelangen, das nach Auffassung Athens nebst dem festländischen auch einen insularen Festlandssockel vorsieht. Ankara stellt sich auf den Stand-

punkt, das Ägäische Meer bilde wegen der Vielzahl griechischer Inseln einen Sonderfall. Es müsse daher das Prinzip der Billigkeit (equity) angewandt werden. Die türkische Seite erhofft sich davon, was die Nutzung der Ölressourcen betrifft, faktisch eine Zweiteilung der Ägäis.

Mit der Festlandsockelfrage hängen indirekt auch andere Zwistigkeiten betreffend das Ägäische Meer zusammen. Sie beziehen sich auf den Umfang der Territorialgewässer, den juristischen Status der griechischen Insel Lemnos, die von Ankara beanstandete «Militarisierung» der Kleinasien vorgelegten griechischen Inseln, die Präsenz des sogenannten ägäischen Armeekorps der Türkei entlang der kleinasiatischen Küste und die Kontrollrechte im ägäischen Luftraum. So behält sich Athen zum Beispiel ausdrücklich vor, seine Territorialgewässer von gegenwärtig 6 auf 12 Meilen auszuweiten. Ankara betont demgegenüber, dass es eine solche Ausdehnung als casus belli betrachten würde.

Bezüglich der Zypernfrage warf Papandreou in Davos die Frage einer vollständigen Entmilitarisierung der Insel auf. Käme es dazu, so müsste die türkische Invasionsarmee den Norden Zyperns verlassen — ein Postulat, für das sich Athen seit langem einsetzt. Die türkische Regierung und der ambitiöse Führer der türkischzypriotischen Volksgemeinschaft, Rauf Denktasch, sind indes, zumindest im Augenblick, nicht gewillt, diese Forderung Athens zu akzeptieren. Papandreous diesbezüglicher Vorstoß in Davos wurde denn auch vor allem mit Blick auf die griechische und griechischzypriotische Öffentlichkeit unternommen. Für den innenpolitischen Gebrauch war ohne Zweifel auch der Vorschlag Papan-

dreous betreffend die Festlandsockelfrage. Der griechische Premier war sich dessen bewusst, dass Özal die Ausarbeitung einer Schiedsgerichtsklausel in Davos ablehnen würde.

Eine Entspannung

Obschon beim griechisch-türkischen Gipfeltreffen am Rande des Internationalen Management-Symposiums in den Streitfragen keine Einigung erzielt wurde, kam es doch zu einer sichtlichen Entspannung im Verhältnis Athens zu Ankara. Die beiden Regierungschefs nutzten das Internationale Wirtschaftsforum in der Schweiz, nicht um Lösungen zu suchen, sondern um ein besseres Klima zu schaffen. In einem gemeinsamen Communiqué wurden Formulierungen verwendet, die das Bestreben beider Seiten zum Ausdruck brachten, Schritt für Schritt einen neuen Weg des Miteinanders zu gehen. Als die zwei Politiker in ihre Länder zurückkehrten, hatten sie im Grunde bezüglich der Bewältigung der Probleme nichts Konkretes vorzuweisen. Doch etwas war geschehen. Der seither vielbeschworene «Geist von Davos» war geboren. Auf dem Zauberberg, schrieb ein griechischer Kommentator unter Anspielung auf das Werk Thomas Manns, sei ein Wunder geschehen.

Die griechische Öffentlichkeit nahm wahr, dass Andreas Papandreou in Davos gegenüber Ankara einen neuen Kurs einschlug. Der griechische Regierungschef, der zuvor den Dialog mit Ankara stets abgelehnt bzw. von bestimmten, türkischerseits nicht akzeptierten Voraussetzungen abhängig gemacht hatte, ging nun auf die «Ölzweigdiplomatie» Özals ein. Der türkische Ministerpräsident, dem

nachgesagt wird, er betreibe seine eigene Aussenpolitik und setze sich oft über die Meinung der Berufsdiplomaten im Aussenministerium in Ankara hinweg, weiss sehr wohl, dass er ohne die Normalisierung des Verhältnisses seines Landes zu Griechenland das angestrebte Ziel des Beitritts der Türkei zur Europäischen Gemeinschaft nicht erreichen kann. Der Führer der seit Oktober 1981 regierenden Panhellenischen Sozialistischen Bewegung (Pasok), Papandreou, kennt die Gefahren, die eine Verschärfung der Gegensätze zwischen Athen und Ankara mit sich brächte. Verbal gefällt sich der Verfechter eines mit starken nationalistischen Elementen verflochtenen Sozialismus zwar immer noch gelegentlich in der Rolle des Bekämpfers des «türkischen Expansionismus». In der Praxis verfolgt er aber, zumindest im gegenwärtigen Stadium, eine pragmatische Politik.

In Davos vereinbarten Papandreou und Özal eine Art Institutionalisierung des Dialogs durch regelmässige Treffen und durch die Bildung von Arbeitsgruppen zur Behandlung der bilateralen Fragen sowie zur Förderung der gegenseitigen Beziehungen auf den Sektoren der Wirtschaft, der Kultur, des Handels und des Tourismus. Am 3. und 4. März 1988 kam es im Anschluss an den NATO-Gipfel in Brüssel zu neuen Gesprächen der beiden Regierungschefs. In der Substanz waren die Brüsseler Gespräche viel ergiebiger als diejenigen von Davos. Es wurde ein gemeinsames Communiqué herausgegeben, dem in gewissem Sinn und bis zu einem gewissen Grad auch der Charakter konkreter Abmachungen zukam. Zwar enthalten die zehn Punkte des gemeinsamen Communiqués auch viel Atmosphärisches und

somit Unverbindliches. Hierher gehört etwa die Anrufung des «konstruktiven Geistes» und des «guten Willens». Andererseits haben sich die beiden Länder — und das ist positiv zu würdigen — verpflichtet, Aktionen und Äusserungen zu unterlassen, die den Geist von Davos beeinträchtigen könnten.

Einem Unterausschuss des bereits in Davos vereinbarten politischen Komitees kommt gemäss dem Communiqué von Brüssel die Aufgabe zu, Probleme im Zusammenhang mit militärischen Manövern und Luftraumverletzungen in der Ägäis zu erörtern. Ausserdem wurde von den beiden Ministerpräsidenten die Reaktivierung eines Komitees beschlossen, das sich seit 1974 auf Zypern vermissten Personen zu befassen hat. Athen und Ankara verpflichteten sich, diesem Komitee jede mögliche Hilfe zur Erfüllung seiner Aufgaben zu gewähren. Das betreffende Gremium setzt sich aus Vertretern der beiden Volksteile der Insel sowie einem schweizerischen Repräsentanten des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz zusammen.

Zugeständnisse

In Brüssel fand ferner ein Austausch von Gesten des guten Willens statt. Ankara machte gegenüber Athen ein Zugeständnis betreffend das Vermögen der Türkeigriechen. Seit 1964 war ein türkisches Dekret in Kraft, das den Türkeigriechen den Verkauf und die Vermietung ihrer Immobilien untersagte. Am 5. Februar 1988 erfolgte — nicht zuletzt auch unter dem Druck der Europäischen Gemeinschaft — die Aufhebung dieses diskriminierenden Erlasses. In Brüssel wurde von Papandreou und Özal vereinbart, dass griechische Staatsangehörige den Erlös

von ihren Grundstücken in der Türkei frei in diesem Land investieren können. Ausserdem verpflichtete sich die Regierung von Ankara, für die volle Wiederherstellung der Rechte der griechischen Staatsangehörigen in der Türkei gemäss der türkischen Gesetzgebung zu sorgen. Im Gegenzug ging Athen die Verpflichtung ein, das Angleichungsprotokoll zum Assoziationsvertrag EG-Türkei und zu dessen Zusatzprotokoll zu unterzeichnen. Im April 1988 erfüllte Athen vereinbarungsgemäss diese Pflicht. Papandreou und Özal kamen in Brüssel überein, dass die zwei schon in Davos vereinbarten Kommissionen in Athen bzw. in Ankara am 26. Mai 1988 zusammenkommen sollen. Schliesslich wurde eine Griechenlandvisite Turgut Özals (13.–15. Juni 1988) vereinbart.

Es steht ausser Zweifel, dass die Treffen der Ministerpräsidenten Griechenlands und der Türkei in Davos und in Brüssel einen Fortschritt darstellen, der nicht unterschätzt werden darf. Die eingetretene Entspannung darf allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass das griechisch-türkische Verhältnis weiterhin stark belastet ist. In sämtlichen wichtigen Streitfragen, so vor allem hinsichtlich des Zypernproblems, bestehen nach wie vor stark voneinander abweichende Meinungen. Vor diesem Hintergrund mutet die «Ölzweigdiplomatie» Özals (Papandreou spricht bezeichnenderweise in diesem Zusammenhang von «Nicht-Krieg») ein wenig wie Kosmetik an. Beiderseits scheint man noch nicht den Mut zu haben, die Probleme richtig anzupacken und nach dauerhaften Lösungen zu suchen. Man gibt sich im Augenblick mit der Tatsache zufrieden, dass man beiderseits bereit ist, gefährlichen Krisen aus dem Weg zu gehen.

Dabei ist man offensichtlich bestrebt, die Krise von 1987 zu dramatisieren, um die Bedeutung des Geistes von Davos hochzuspielen. Als im Februar 1987 die Regierung Papandreou ihre Absicht bekanntgab, den internationalen Ölkonzern NAPC zu verstaatlichen, der die Konzession zur Nutzung der Ölressourcen in der Nordägäis (Ölfeld Prinos) innehatte, reagierte Ankara darauf mit Massnahmen, die im März desselben Jahres zu einer emotional aufgebauchten Krise im griechisch-türkischen Verhältnis führten. Nun ist diese Krise durch die Gespräche in Davos und Brüssel atmosphärisch überwunden worden. Aber die Hypotheken bleiben bestehen. Gerade darin liegt die Hauptschwierigkeit, der sich Papandreou und Özal gegenübergestellt sehen. Die zwei Ministerpräsidenten haben im Zuge ihrer «Versöhnung» bisher keine «heissen Eisen» angefasst. Die «Nicht-Krieg»-Theorie Papandreou ist vielsagend. Vor dem Parlament in Athen erklärte der Pasok-Führer bezeichnenderweise, der in Davos und Brüssel eingeleitete Nicht-Krieg bedeute noch nicht den Frieden. Ein griechischer Beobachter, der hörte, dass Papandreou und Özal von der Leitung des Davoser Management-Symposiums bereits für den Friedensnobelpreis vorgeschlagen wurden, meinte sarkastisch: «Werden Papandreou und Özal den Nobelpreis für den Frieden oder bloss für den Nicht-Krieg erhalten? . . .»

Der Nationalismus grassiert

Hemmend wirkt sich nicht zuletzt der Umstand aus, dass Papandreou und Özal weitgehend Gefangene der Stimmung in ihren Ländern sind. Der Nationalismus dies- und jenseits der

Ägäis vergiftet die Atmosphäre. Der aus Istanbul stammende griechische Journalist Pavlos Paläologos (1895–1984)¹ pflegte seinerzeit in seinen Tageskommentaren in der angesehenen Athener Zeitung «Eleftheron Vima» die Notwendigkeit des Abbaus der nationalistischen Vorurteile dies- und jenseits der Ägäis hervorzuheben. Paläologos' Haltung ist eines von vielen Beispielen dafür, dass die verbreitete Vorstellung, jeder Grieche sei ein «Türkenfresser» bzw. jeder Türke ein «Griechenfresser», ein Klischee darstellt. Es gab und gibt dies- und jenseits des Ägäischen Meeres nicht nur fanatische Nationalisten, sondern auch nicht wenige sachlich urteilende, sich nach einer Überwindung der nationalistischen oder gar chauvinistischen Emotionen sehrende Menschen. Der international bekannte Komponist Mikis Theodorakis, der sich um die Überbrückung der Kluft zwischen den Griechen und den Türken bemüht, wählte zwar teilweise unbedachte oder unglückliche Formulierungen, als er unlängst, von einer Türkeireise zurückgekehrt, auch einige «unorthodoxe» Äusserungen betreffend das Verhältnis der beiden Völker machte. Das ändert indes nichts daran, dass einiges, was er sagte, wahr war. Wohl deswegen erntete er Polemiken seitens links- und rechtsgerichteter Nationalisten.

Im Rahmen des immer noch grassierenden Nationalismus dies- und jenseits der Ägäis ist die Indoktrinierung im Schulwesen am bedenklichsten. So werden zum Beispiel in einem griechischen Geschichtsbuch für die 6. Primarklasse die Türken der Zeit der Eroberung Konstantinopels (1453) als «wild und unzivilisiert» bezeichnet. Ein türkisches Pendant zu dieser Schilderung findet sich in einem Schulbuch, in

dem es heisst, im Jahr 1821 (damals brach der hellenische Freiheitskampf gegen die Osmanen aus) hätten die Griechen gezeigt, dass sie fähig seien, erbarmungslos Säuglinge in ihrer Wiege zu töten. Man könnte die Beispiele für die tendenziöse «Erziehung» auf beiden Seiten vermehren.

Papandreou und Özal sind übereingekommen, «beharrliche Anstrengungen zur Schaffung einer Atmosphäre des Vertrauens» zu unternehmen. Vor dem Hintergrund dieser Übereinkunft gewinnt die Bekämpfung der nationalistischen Indoktrination im Schulwesen beider Länder grosse Bedeutung. Das ist eine Aufgabe, die im Rahmen des Geistes von Davos ernsthaft, aufrichtig und konkret angepackt werden sollte. Sonst müsste dieser Geist früher oder später vor dem Ungeist des Nationalismus kapitulieren. Ohne unerschrockenes Anpacken der Probleme wird die in Davos eingeleitete Politik Symptomtherapie bleiben. Eine eigentliche Wende im griechisch-türkischen Verhältnis ist erst dann zu erwarten, wenn sich Griechenland und die Türkei des 1930 von Eleftherios Venizelos und Kemal Atatürk abgeschlossenen Freundschaftsvertrages² entsinnen und entsprechend handeln. Damals war sogar von einer «Entente cordiale» der beiden Länder die Rede. Werden Papandreou und Özal den Mut haben, in die Fussstapfen von Venizelos und Atatürk zu treten?

Pavlos Tzermias

¹ Zu Pavlos Paläologos vgl. Pavlos Tzermias, *Die neugriechische Literatur*, Tübingen 1987, S. 128 und 186. — ² Zum griechisch-türkischen Freundschaftsvertrag von 1930 siehe Pavlos Tzermias, *Neugriechische Geschichte, Eine Einführung*, Tübingen 1986, S. 139 und die dortigen Literaturangaben.

Das Märchen von der «viersprachigen Schweiz»

*Ein Thesenreferat vor jungen Autoren aus der Schweiz
aus Anlass schweizerischer Literaturtage in Marburg*

Die Schweizer besitzen ein ausgeprägtes Nationalbewusstsein, aber keine Nationalsprache und demzufolge auch keine Nationalliteratur. Denn die Schweiz ist ein Staat, in dem verschiedene Volksstämme, Religionen, Sprachen und Kulturen zusammengeschlossen sind.

Dazu ist eigentlich nicht viel zu sagen. Denn es gibt Staaten wie zum Beispiel Indien, in denen ungleich mehr Nationalsprachen existieren oder in denen sich die Einwohner über ihre Stammesgrenzen hinweg nur in der Sprache ihrer ehemaligen Kolonialherren verständigen können, Staaten, bei denen kein Mensch auf die Idee käme, von einem «Sonderfall» zu sprechen¹.

Das Idealbild «sprachlich-kultureller Vielfalt»

Dazu ist aber schon vieles gesagt und geschrieben worden. Schweizer Sprach- und Literaturwissenschaftler neigen offenbar dazu, die sprachliche und kulturelle Situation der Schweiz zu idealisieren. Sie verfassen Bücher über die «vielsprachige Schweiz» bzw. die «vielsprachigen Schweizer»², die «mehrsprachige Schweiz»³ und die «viersprachige Schweiz»⁴, wie wenn alle Schweizer alle vier Landessprachen sprechen würden. Sie begeistern sich für die «sprachlich-kulturelle Vielfalt»⁵, die «Vielstimmigkeit»⁶, den «kulturellen Variationsreichtum»⁷, wie wenn die verschiedenen Sprachen und

Literaturen der Schweiz von Natur aus eine harmonische Einheit bilden würden. Sie begreifen die «sprachliche Vielfalt . . . nicht als Belastung, sondern als Bereicherung»⁸ und sprechen nicht ohne Stolz vom «helvetischen Modell des kulturellen und damit auch literarischen Föderalismus», das «in einem künftigen vereinten Europa relevant bleibe»⁹, oder vom «Modell Europa»¹⁰.

Den Schweizer Schriftstellern dagegen liegt es fern, das Sprachenproblem zu beschönigen. Sie müssen sich ja täglich damit auseinandersetzen: vom Erlernen der Schriftsprache über das Schreiben der eigenen Werke bis zur Resonanz beim in- und ausländischen Publikum. Sie neigen daher häufig der Gegenthese zu, dass die Schweiz «kulturell oder literarisch» keine Einheit sei, sondern in «vier getrennte Kulturen und Literaturen» auseinanderfalle¹¹.

Es ist aber völlig willkürlich, ob man das bloße Faktum der Mehrsprachigkeit positiv, als Vorzug oder Bereicherung, oder negativ, als Nachteil oder Belastung, bewertet. Die Tatsache, dass in der Schweiz mehrere Sprachen existieren, sagt ja noch nichts darüber aus, wieviele Schweizer diese Sprachen beherrschen und wieviele Schriftsteller die Literatur aus den anderen Sprachregionen rezipieren und übersetzen oder selbst in mehreren Sprachen dichten. Viel aufschlussreicher ist doch die Frage: In welcher Sprache sprechen eigentlich die Schweizer aus den verschiedenen Sprachregionen miteinander?

Die «viersprachige Schweiz»

In der Schweiz «begegnen sich drei grosse europäische Sprachen: Deutsch, Französisch und Italienisch»¹², die in der Bundesverfassung als «Amtssprachen» bestimmt sind. Hinzu kommt das Rätoromanische, das seit der Volksabstimmung von 1938 als vierte «Landessprache» oder «Nationalsprache» anerkannt ist.

Von den 6 $\frac{1}{3}$ Millionen Menschen, die in der Schweiz leben, sprechen der Volkszählung von 1980 zufolge

65,0% Deutsch,
18,4% Französisch,
9,8% Italienisch und
0,8% Rätoromanisch

als Muttersprache. Die restlichen sechs Prozent sind Gastarbeiter aus Spanien, Jugoslawien und der Türkei sowie politische und Steuer-Flüchtlinge aus aller Welt.

Von den knapp 5 $\frac{1}{2}$ Millionen Schweizer Staatsbürgern sprechen

72,7% Deutsch,
20,0% Französisch,
4,5% Italienisch und
0,9% Rätoromanisch

als Muttersprache und nur ein Prozent eine andere Sprache¹³.

Berücksichtigt man nur die Schweizer Bürger, so haben die «Deutschschweizer» mit drei Vierteln gegenüber den französischsprachigen Schweizern, den «Welschschweizern», mit einem Fünftel eindeutig das Übergewicht. Die übrigen Volksgruppen bilden zusammen genommen nicht einmal ein Fünftel: eine Quantité négligeable?

Die *Deutschschweizer* lernen in der Schule als erste Fremdsprache Französisch, die *Welschschweizer* Deutsch. Der Unterricht in der ersten Fremd-

sprache bzw. der zweiten Landessprache beginnt in der Deutschschweiz im 5. Schuljahr, früher erst im 7. Schuljahr, und in der Welschschweiz im 4. Schuljahr, im zweisprachigen Wallis schon im 3. Schuljahr. Neuerdings wird der Unterricht in der ersten Fremdsprache, also in Französisch bzw. in Deutsch, durch ein Austauschprogramm und durch Sprachkontakte zwischen Schulklassen aus den beiden Sprachregionen vertieft.

Auch hierzu ist eigentlich nichts zu sagen. Die Fremdsprachenkenntnisse eines Deutschschweizers sind sicher nicht optimal, aber vermutlich immer noch besser als die eines Deutschen. Natürlich lässt sich das Bild der Zweisprachigkeit — Deutsch und Französisch — noch sozial und regional differenzieren. Der gebildete Berner spricht in der Regel auch Französisch. Beim Zürcher ist das nicht mehr selbstverständlich, bei einem ländlichen Einwohner aus dem Kanton Appenzell fraglich. Viele Deutschschweizer besitzen gegenüber den Welschschweizern Vorurteile und ebenso umgekehrt¹⁴, was das Interesse ihrer Kinder am Erlernen der zweiten Landessprache nicht gerade fördert.

Im Jura gab es in den siebziger Jahren heftige Auseinandersetzungen zwischen der nach Autonomie strebenden französischsprachigen katholischen Bevölkerung im hügeligen Norden und der Bern treuen deutschsprachigen protestantischen Bevölkerung im flachen Süden. Dies war zwar ein Konflikt zwischen zwei Sprachgruppen, er ist aber — ähnlich wie die Sprachkonflikte in Belgien und anderswo — nicht «aus sprachlichen und kulturellen Gegensätzen» entstanden, wie von Sprachwissenschaftlern behauptet wird¹⁵, sondern hängt mit dem zeitweisen Nieder-

gang der Schweizer Uhrenindustrie und der Verarmung der französischsprachigen Arbeiterbevölkerung zusammen. Im zweisprachigen Wallis gab und gibt es keine Sprachkonflikte.

Über die *italienischen* und *romanischen Sprachregionen* ist schon eher etwas zu sagen. Im italienischsprachigen Tessin lernen 80% der Schüler ab der 1. Klasse Französisch. Die zweite Fremdsprache ist Deutsch. Dagegen entscheiden sich die Schüler in der Deutschschweiz und der französischen Schweiz, die als zweite Fremdsprache Italienisch oder Englisch wählen können, überwiegend für Englisch. Italienisch ist also, wenn man von den italienischen Gastarbeitern, den «muratori», absieht, keine Sprache, die in der ganzen Schweiz gesprochen und verstanden wird, also keine eigentliche «Landessprache». Die Schweiz besitzt auch keine einzige italienischsprachige Universität. Deshalb gilt im Tessin das Wort: «Wer etwas werden will, verlässt das Tessin.» Geht er in die deutschsprachige Schweiz, sucht er sich rasch anzupassen, um nicht wie ein Ausländer, sprich: Italiener, angesehen und behandelt zu werden.

Das Tessin erlebte — dank der billigen Arbeitskräfte, die tagtäglich in Chiasso über die Grenze kommen — einen wirtschaftlichen Aufschwung. Die Deutschschweizer, die in den Tessiner Filialen der Basler Firmen und der Zürcher Banken tätig sind, sowie die Deutschschweizer und Deutschen, die die Villen im Tessin bewohnen, denken ihrerseits nicht daran, sich zu assimilieren. Der wirtschaftliche Aufschwung des Tessins geht also mit einem Niedergang der eigenständigen Kultur Hand in Hand.

Die Bauern beklagen sich zwar über den «Ausverkauf der Heimat», aber

nur, wenn die einheimischen Spekulanten das Bauland an Ausländer, zumal an Deutsche, aber nicht, wenn sie es an reiche Zürcher oder Basler veräussern¹⁶. Demgemäss erschwert das 1972 erlassene Bundesgesetz nicht den Landverkauf, die Umwandlung landwirtschaftlicher Nutzflächen in Bauland, sondern lediglich den Verkauf an Ausländer.

Die Rätoromanen wachsen heute fast alle zweisprachig auf: mit Romanisch und Deutsch, in einigen südlichen Tälern mit Romanisch und Italienisch. Seit 1938, seitdem das Rätoromanische zur vierten Landessprache erhoben wurde, gibt es das Recht auf Unterricht in der «Muttersprache», obwohl inzwischen die meisten Rätoromanen zwei Muttersprachen haben. Wenn einige Eltern dies verlangen, werden alle Kinder, auch die deutschsprachiger Eltern, während der ersten vier Schuljahre in romanischer Sprache, danach in deutscher (bzw. italienischer) Sprache unterrichtet¹⁷.

Während diese beiden Landessprachen im Rückzug begriffen sind, breitet sich eine fremde Sprache immer mehr aus: das Englische. Viele Schweizer Gymnasiasten strengen sich im Englisch-Unterricht ungleich mehr an als im Unterricht der ersten Fremdsprache, dem Französischen oder Deutschen. Andere, die nicht das Gymnasium besucht haben, lernen Englisch neben ihrer Ausbildung oder ihrem Beruf. Als ich in Chur zufällig in eine Migros-Club-Schule¹⁸ geriet, erfuhr ich, dass etwa die Hälfte aller Teilnehmer Kurse in Englisch besucht.

Die «viersprachige Schweiz» ist also im Begriff, sich zu einem zweigeteilten, jeweils zweisprachigen Land fortzuentwickeln: einem grösseren deutschsprachigen Teil mit Fremd-

sprache Englisch und einem kleineren französischsprachigen Teil ebenfalls mit Fremdsprache Englisch. Die Schweizer lernen lieber Englisch als die Landessprachen, die nicht ihre Muttersprache sind. Der Grund dafür dürfte in der Verflechtung der Schweiz in den internationalen Geld- und Warenverkehr liegen. Die italienischsprachigen und romanischsprachigen Schweizer sehen sich damit vor die Wahl gestellt, sich entweder anzupassen oder ins Abseits zu geraten. Die Tessiner versuchen, sich sowohl an die französische wie an die deutsche Schweiz zu assimilieren, die Rätoromanen haben sich inzwischen fast völlig an die Deutschschweiz assimiliert.

Schriftsprache, Mundart und Standardsprache

In der Schweiz gibt es nicht nur vier verschiedene Landessprachen, sondern es «hat» in jeder dieser Sprachen eine Vielzahl von Dialekten oder Mundarten. Auch dazu ist eigentlich nichts zu sagen. Denn solche Sprachvarianten lassen sich fast überall beobachten. Der Rede wert ist aber die Art und Weise, wie die Schweizer von ihren Mundarten Gebrauch machen.

In der *Suisse romande* waren die ursprünglichen Dialekte fast verschwunden. Inzwischen gibt es auch hier eine Mundartrenaissance. Die Suisse-Romandes bemühen sich aber nach wie vor in Schrift und Wort um ein korrektes Französisch. Sie sind ausgesprochene Sprachpuristen. Dies schliesst nicht aus, dass sie für einen Pariser an typischen Archaismen wie *septante* statt *soixante-dix*, Helvetismen oder Germanismen als Schweizer erkennbar sind. Ein Schweizer Französisch, das unter alemannischem Ein-

fluss steht, wird von ihnen selbst verächtlich als *français fédéral* bezeichnet. Ihr kultureller Bezugspunkt ist Paris.

Die *Tessiner* gebrauchen beim Sprechen verschiedene lombardische Mundarten und beim Schreiben eine an Dante geschulte italienische Literatursprache. Ihr kultureller Bezugspunkt ist Mailand.

Rätoromanisch ist ein Sammelbegriff für eine Vielzahl von Mundarten. Es umfasst vier Hauptgruppen: Rumantsch im Rheintal, Ladinisch im Engadin und im Val Müstair oder Münstertal, Dolomitisch und Friaulisch in den Dolomiten und im Friaul. Es existiert aber weder als Schriftsprache noch als gemeinsame Verkehrssprache, als «Standardsprache», und wird deshalb in der modernen Industriezeit allenfalls innerhalb der Familien weiterleben. Um die bündnerromanischen Sprachen zu bewahren, hat man mehrfach versucht, eine «rätoromanische Einheitssprache» zu schaffen: in den sechziger Jahren das «Interromantsch», gegenwärtig das «Romantsch-Grischun» oder Graubündner Romanisch. Dieses gilt inzwischen in einzelnen Graubündner Gemeinden als Amtssprache und hat, wie in der Engadiner Post zu lesen war, auch Einzug in die Bündner Kasernen gehalten. Es wird aber sowohl von Einheimischen, die an ihrer ursprünglichen Mundart hängen, wie von Zugezogenen, die nicht wissen, wie sie Bauanträge und andere Amtsformulare ausfüllen sollen, vehement abgelehnt. Ob die Einführung des Romantsch-Grischun die Romanischen Sprachen zu bewahren hilft oder ob sie ihren Rückgang nur beschleunigt, bleibt abzuwarten.

Die Deutschschweizer sprechen in der Regel nicht Hochdeutsch, sondern

Schweizerdeutsch oder Schwyzertütsch; für manche ist Hochdeutsch so etwas wie eine Fremdsprache.

«Schweizerdeutsch»: das war bisher der Sammelbegriff für eine Vielzahl von alemannischen Mundarten. Daher werden die Deutschschweizer in der Französischen Schweiz «Les alémaniques» genannt. In den einzelnen Mundarten und im Umgang mit den Mundarten gibt es charakteristische Unterschiede. Das klangvolle Walliser Deutsch ist wie eine eigene Sprache, da es nicht nur für Deutsche, sondern auch für viele Deutschschweizer schwer zu verstehen ist. In den Urkantonen Uri, Schwyz und Unterwalden, der «Innerschweiz», wird fast in jedem Tal eine andere Mundart gesprochen. In der Stadt Luzern sprechen alle Schichten den gleichen Luzerner Akzent, in der Stadt Bern spricht die Unterschicht ein Bernerisches «Cockney», das sogenannte «Matten-Englisch», die Oberschicht ein kultiviertes Berndeutsch mit vielen französischen Ausdrücken. Dennoch gilt Berndeutsch in Zürich als «unfein», wie Walter Schenker beobachtet hat¹⁹. Kultureller Bezugspunkt ist oder war nicht etwa Zürich oder gar München oder Frankfurt, sondern die jeweilige Kantonsstadt. Der Stolz auf den eigenen Kanton, der «Kantönligeist», gilt als ein Schweizer Typikum.

«Schweizerdeutsch»: darunter versteht man neuerdings einen einheitlichen Dialekt, eine Mischung des «Züritütsch» mit den Dialekten der in Zürich Zugereisten, der nicht so sehr mit französischen wie mit hochdeutschen und englischen Ausdrücken durchsetzt ist²⁰. Dieses Neoschweizerdeutsch hat sich mit der neuen Mundartwelle von Zürich aus in der gesamten Deutschschweiz verbreitet. Es wird

heute «im Unterricht auf allen Stufen und in allen Fächern, in Radio und Fernsehen (und) im öffentlichen Sprachgebrauch» verwendet²¹. Es hat nicht nur die ursprünglichen Mundarten, sondern gleichzeitig auch das Hochdeutsche zurückgedrängt²² und die Rolle einer Standard- oder Gemeinsprache übernommen.

Und vor allem hierzu ist, so meine ich, etwas zu sagen. Bisher unterhielten sich die Deutschschweizer, wenn sie unter sich waren, natürlicherweise in ihrer Mundart. Und wenn sie mit Deutschschweizern aus anderen Kantonen sprachen, so hatten sie keine Mühe, deren Mundart zu verstehen. Aber bei offiziellen Gegebenheiten, im Unterricht, gegenüber dem Pfarrer oder im Rundfunk, und vor allem bei der Begegnung mit Fremden, sei es mit Deutschen oder mit deutsch sprechenden Schweizern aus der Suisse Romande oder dem Tessin, bemühten sie sich, Hochdeutsch zu sprechen. Sie waren, wie Hugo Loetscher feststellt, «innerhalb der eigenen Sprache zweisprachig». Für Loetscher «lauern für das Hochdeutsche eines Schweizers somit zweierlei Gefahren: die Holprigkeit oder der Manierismus ... und daneben das Gedrechselte und Zise-lierte»²³. Für mich liegen hier aber zweierlei Chancen: eine bildhafte Sprache, der die Helvetismen und die mundartliche Färbung ein regionales Kolorit verleihen, und daneben ein gestochen klares Hochdeutsch. Welche deutsche Tageszeitung erreicht das stilistische Niveau der Neuen Zürcher Zeitung? Die Zweisprachigkeit innerhalb der eigenen Sprache ist, je nachdem, ob man dieser Situation aus dem Weg geht oder sich ihr stellt, ein Hindernis oder eine Hilfe.

Was aber sind die Folgen, wenn man

beide Sprachen, Hochdeutsch und Mundarten, miteinander vermenget und die daraus entstehende Zwitter Sprache als «eigentliche Sprache» propagiert?

1. Sprachverarmung: Ursprüngliche Ausdrücke werden durch hochdeutsche Wörter ersetzt wie Nana durch Oma, und typische Konstruktionen wie der Gebrauch des Konjunktivs oder von Partizipien werden immer weniger beherrscht. Das Schweizerdeutsch wird zu einer «Basic»- oder Grundsprache, die sich von Ausländern fast ebenso leicht lernen lässt wie von Einheimischen. Auf Skihütten bin ich Thailänderinnen in Begleitung von Schweizern begegnet, die fliessend auf Schweizerdeutsch daherredeten.

2. Rückgang der Schriftsprache: Das Hochdeutsche fungiert zwar nach wie vor als Schriftsprache. Aber je schlechter die Deutschschweizer das Hochdeutsche beherrschen, je mehr Hochdeutsch für sie zur Fremdsprache wird, desto grösser wird ihre Scheu zu schreiben. Der durch die Verbreitung von Telefon, Radio und Fernsehen bedingte Rückgang des Schreibens und Lesens, der sich ebenso bei gebildeten Deutschen feststellen lässt, wird durch den Schwund des Hochdeutschen beschleunigt²⁴.

3. Isolation: Robert Schläpfer sieht in der «Mundartwelle» die doppelte Gefahr, dass der Deutschschweizer sich «vom grösseren deutschen Sprachgebiet» isoliere und zugleich «Sprachbarrieren zu den anderen Sprachgebieten der Schweiz» errichte²⁵. Vielleicht ist dies nicht nur die Folge, sondern der Zweck der Übung. Damit lebt die Haltung der «Einigelung», der Abgrenzung gegenüber dem Fremden, die zur Zeit des Dritten Reichs historisch notwendig gewesen sein mag, bis in die Gegenwart fort oder wieder auf.

Was könnte die Ursache für die epidemieartige Ausbreitung der neuen Mundart sein? Walter Schenker sucht den Sprachwandel aus der Schweizer Geschichte zu erklären: «Die zwei hauptsächlichsten historischen Gründe liegen in der Reformation und in der Hitlerzeit»²⁶. In der Reformation kam die Luthersprache in der Schweiz nicht zur Wirkung, weil hier anstelle der Luther-Bibel die Zürcher Bibel von Zwingli verbreitet wurde. Und in der Hitlerzeit suchten sich die Deutschschweizer auch sprachlich gegenüber dem Deutschen Reich abzugrenzen. Damals wurde sogar versucht, das Schweizerdeutsch zur Schriftsprache zu machen, aber ohne Erfolg. Erst in der Gegenwart hat sich das Schweizerdeutsch zwar nicht als Schriftsprache, wohl aber als Standardsprache durchgesetzt. Deshalb muss man nach heutigen Ursachen suchen. Die «Mundartwelle» bezeichnet das Phänomen, erklärt es aber nicht. Und die Verwendung der Mundart in Radio und Fernsehen ist ein Indiz, aber nicht der Grund für ihre Verbreitung.

Könnte das Vordringen des Neoschweizerdeutsch auf der Sehnsucht des Deutschschweizers nach einer eigenen Nationalsprache beruhen, wenn nicht sogar auf seinem Anspruch, die ganze Schweiz zu vertreten? Ein Deutschschweizer, der, egal wo und mit wem er spricht, auf seinem Neoschweizerdeutsch beharrt, signalisiert durch die Sprache seine Nationalität. Bildlich gesprochen: er hisst vor den Ohren seines Gesprächspartners die «Schwyzer Faahne». Indem er zu einem Deutschen nicht Hochdeutsch, sondern Schweizerdeutsch spricht, grenzt er sich von ihm ab und betont, dass er nicht Deutscher, sondern Schweizer sei. Und indem er zu einem Südschweizer nicht

Hochdeutsch, aber auch nicht Französisch oder Italienisch, sondern wiederum Schweizerdeutsch spricht, verlangt er von ihm, seinen Dialekt als Verständnismittel zu übernehmen, sich an ihn anzupassen. Er baut nicht nur «Sprachbarrieren» auf, sondern tritt dafür ein, dass sich sein Dialekt in der ganzen Schweiz durchsetzt und tatsächlich zur Nationalsprache wird. Im übrigen kann er die «Sprachbarrieren» leicht umgehen. Denn als Kommunikationsmittel mit anderen Industrienationen und mit Ländern der Dritten Welt bleibt ihm immer noch das Englische.

Wilhelm Solms

¹ Vgl. hierzu Hugo Loetscher, *Unser Sprachkuchen*, in: H. L., *Der Waschküchenschlüssel und andere Helvetica*, Zürich 1983, S. 53–61. — ² Hermann Weilemann, *Die vielsprachige Schweiz. Eine Lösung des Nationalitätenproblems*, Basel/Leipzig 1929, S. 255. — ³ Paul Zinsli: *Vom Werden und Wesen der mehrsprachigen Schweiz*, Bern 1964. — ⁴ Stefan Sonderegger, *Die viersprachige Schweiz zwischen Geschichte und Zukunft*. Aulavorträge 12, St. Gallen 1981; Robert Schläpfer (Hrsg.), *Die viersprachige Schweiz*, Zürich 1982. — ⁵ Manfred Gsteiger (Hrsg.): *Die zeitgenössischen Literaturen der Schweiz*, in: *Kindlers Literaturgeschichte der Gegenwart*, München/Zürich 1980, S. 47 ff. — ⁶ Manfred Gsteiger, a.a.O., S. 45. — ⁷ Bernhard Wenger, *Die vier Literaturen der Schweiz*, 3. Auflage, Zürich 1986, S. 7. — ⁸ Herbert Lüthy, *Die Schweiz als Antithese*, Zürich 1969, S. 10; ähnlich Denis de Rougemont, *La Suisse ou l'histoire d'un peuple hereux*, Paris 1965, p. 224. — ⁹ Manfred Gsteiger, a.a.O., S. 85. — ¹⁰ Fritz René Allemann, *Die Schweiz — ein Modell Europas?*, in: *Sprache und Politik*, Heidelberg 1968, S. 483 f. — ¹¹ Yvette Z'Graggen, *Ich bin zugleich Deutsch- und Welschschweizerin*, in: Egon Amman/Eu-

gen Faes (Hrsg.), *Literatur aus der Schweiz*, Frankfurt 1978. — ¹² Bernhard Wenger (wie Anm. 7, S. 7.) — ¹³ Nach Bernhard Wenger, a.a.O., S. 7. — ¹⁴ Vgl. Walter Schenker, *Die Schweiz, Land mit vielen Sprachen*, in: *Literatur aus der Schweiz* (wie Anm. 11), S. 19. — ¹⁵ Iso Camartin, *Die Beziehungen zwischen den schweizerischen Sprachregionen*, in: *Die viersprachige Schweiz* (wie Anm. 1), S. 321. — ¹⁶ Dieses Argument hält in Silvio Blatters Roman «Kein schöner Land» (Frankfurt 1986, S. 536) der Maler Pablo einem Kreis von Einheimischen in einem Wirtshaus entgegen. — ¹⁷ Diese Vorschrift gilt nicht nur in abgelegenen Ortschaften mit rein rätoromanischer Bevölkerung, sondern auch in Touristenzentren wie Pontresina oder Champfèr. — ¹⁸ Eine Art Volkshochschule mit etwa 300 000 Lernenden, die von G. Duttweiler, dem Gründer des Migros-Genossenschaftsbundes, ins Leben gerufen wurde. — ¹⁹ Walter Schenker (wie Anm. 14), S. 13 f. — ²⁰ Ein Beispiel wäre der Werbespruch «Let's go zum Gschenkliplausch ins Möbelhaus . . .», der in der Corviglia-Bahn in St. Moritz hängt und von jugendlichen Passagieren oft und gern kommentiert und variiert wird. — ²¹ Robert Schläpfer (wie Anm. 4), S. 19. — ²² Adolf Muschg berichtete mir von einer Untersuchung, derzufolge gerade auch bei Gebildeten, bei Gymnasiasten und Studenten, die Kenntnis der Mundarten und des Hochdeutschen während der letzten zwanzig Jahre drastisch zurückgegangen sei. — ²³ Hugo Loetscher, *Mundart Schwyzerdütsch oder Die Lust, sich zu unterscheiden*, in: *Schweiz, Geo-spezial* 1987, Nr. 1, S. 56. — ²⁴ Adolf Muschg erwähnte in seinem Vortrag während der Schweizer Literaturtage in Marburg, an der Zürcher ETH gebe es viele Studenten, die untereinander im mündlichen und schriftlichen Verkehr die Mundart gebrauchen. Gesuche und ähnliches müssen sie natürlich auf hochdeutsch stellen, aber dazu brauchen sie dann Hilfe. — ²⁵ Robert Schläpfer (wie Anm. 4), S. 19 f. — ²⁶ Walter Schenker (wie Anm. 14), S. 16.

Fluchtpunkt Zürich, Transit Europa

Notizen im Vorfeld der Juni-Festwochen 1988

Seit 1986 stehen die Zürcher Juni-Festwochen unter einem übergeordneten thematischen Stichwort. 1988, da dem Schauspielhaus die Ideengebung und Federführung zufallen, sollen sie — dies die Formulierung der Initianten — einem Thema gelten, *«das einen direkten Bezug zur Geschichte und Kultur der Stadt Zürich»* habe: *«Fluchtpunkt Zürich»*. Es gehe darum, in Film, Theater, Musik und bildender Kunst die Bedeutung der Stadt als Asyl- und Transit-Ort und umgekehrt die Rolle der Emigranten für das kulturelle und politische Leben Zürichs in der Epoche von 1933 bis 1945 zu dokumentieren. Nun ist der Fluchtpunkt zunächst weiter nichts als ein Begriff, der in der Perspektive den Punkt bezeichnet, in dem sich parallele gerade Linien zu vereinigen scheinen. *«Flucht»* ist darin nicht das Substantiv zu *«fliehen»*, sondern zu *«fluchten»*, was *«auf eine gerade Linie bringen»* bedeutet. Im Zusammenhang mit den Juni-Festwochen ist *«Fluchtpunkt»* zum verhänglichen Schlagwort geworden; denn nun erscheint die Stadt auf einmal als der Punkt, auf den die Flucht der Vertriebenen und Verfolgten abzielt. Zürich kann das von sich jedoch so wenig behaupten, wie es andererseits — wie flugs auf Alternative bedachte Schlagworterfinder nun behaupten — *«Fluchtgrund»* ist. Aber es gibt eine historische Tatsache, die das Wort vom *«Fluchtpunkt Zürich»* dennoch rechtfertigt, und da sich gerade 1988 die Gründung der *«Neuen Schauspiel AG»*, der Trägerin des Schauspielhauses, zum 50. Male jährt, ist dieser Anlass an

sich Grund genug, ein Jubiläum zu feiern, das untrennbar mit dem Los der Vertriebenen und Verfolgten verbunden ist. Denn die vor fünfzig Jahren erfolgte Gründung der *«Neuen Schauspiel AG»* ermöglichte es dem Ensemble, in kritischer Zeit beisammen zu bleiben und jene Theaterarbeit zu vollbringen, die — so wiederum der Wortlaut der offiziellen Pressemitteilung zu den Juni-Festwochen — *«als Theater des schweizerischen Widerstandes»* zu würdigen ist. Diese Leistung nämlich ist vor allem den am Schauspielhaus wirkenden Emigranten zu danken. Aber es bildete sich damals zwischen ihnen und den an dieser Bühne tätigen Schweizern, rasch auch zwischen dem Schauspielhaus und seinem Publikum, eine Gemeinschaft, die sich erstmals in einer denkwürdigen Aufführung von Goethes *«Götz von Berlichingen»* manifestierte. Oskar Wälterlin schrieb darüber: *«Als der Held die Frage stellte, was das letzte Wort sein solle, wenn im Verzweiflungskampf das Blut zur Neige gehe, als Georg antwortete «es lebe die Freiheit», und Götz in stiller, gläubiger, in keiner Weise provozierender Art beschloss: «und wenn die uns überlebt, können wir ruhig sterben», da brach auf offener Szene ein frenetischer Beifall los, der nicht enden wollte. Das Publikum hatte das Gewicht eines Wortes verstanden, das aus der Gegenwart einen lebendigen Inhalt erhielt. Und in diesem Augenblick entstand die Gemeinschaft, die unser Theaterleben zu einem eigenständigen machte, weil es unmittelbar mit dem lebendigen Leben in engen Zusammenhang kam.»*

Man hat diese Stelle und andere, authentische Berichte aus jener Zeit, der ich meine frühesten Theatererlebnisse im Zürcher Schauspielhaus verdanke, später als Verklärung bedrückender Zustände gedeutet. Aber sie halten stand, auch wenn man sich vergegenwärtigt, unter wie schwierigen Bedingungen die bewunderten Künstler lebten, gegen welche Anfechtungen und Anfeindungen sie sich gerade in Zürich behaupten mussten. Die schweizerische Flüchtlingspolitik und die Schikanen der Fremdenpolizei, die Kampagnen der Fröntler, die nicht nur mit Inseraten und Protestkundgebungen «*Gegen die Wühlerei der Emigranten*» kämpften, die ärmlichen, ja unwürdigen Verhältnisse, unter denen die auch in der für sie rettenden Schweiz Angefochtenen lebten: das alles gereicht dem Land und der Stadt als «*Fluchtpunkt*» nicht zur Ehre. Aber es schmälert nicht, es vergrössert vielmehr die moralische und künstlerische Leistung der Zürcher Sprechbühne in den Jahren nach der Gründung der «*Neuen Schauspiel AG*». Merkwürdigerweise aber scheint es den Planern der Juni-Festwochen genierlich, die Erinnerung daran und das Jubiläum zu feiern, und so reden sie denn — wie *pr.* in einer Glosse der Nummer 7 der Zeitung «*Schauspielhaus Extra*» — von der «*sogenannten grossen Aera*», obgleich man doch an der Bedeutung und Grösse dieser Aera nicht nur im Vergleich mit der Gegenwart nicht wird zweifeln wollen. Die erwähnte Glosse beginnt mit einem Satz, der das Dilemma deutlich macht: «*Sich selbst öffentliche Feiern auszurichten ist so peinlich, wie sich öffentlich selbst an den Pranger zu stellen.*» Aber die Feier gilt doch dem Schauspielhaus Wälterlins und Hirschfelds? Das Schauspiel-

haus heute, fünfzig Jahre danach, hat als lebendiges Theater andere Ziele, steht unter anderen Bedingungen, hat wohl auch einen anderen Geist. Nicht darum kann es sinnvollerweise gehen, vergangenen Ruhm zu zelebrieren und auch noch zu usurpieren, sondern allein darum, einen 50. Jahrestag zum legitimen Anlass zu nehmen, dankbar der Vorgänger und ihres Werks zu gedenken, indem man es in lebendige Erinnerung ruft. Ich finde es ein wenig schade, dass dieser ursprüngliche Grund, der dem Schlagwort vom «*Fluchtpunkt Zürich*» Sinn gibt, in der konkreten Planung und in den Verlautbarungen darüber relativiert wird.

*

Aber da ja nicht nur der Spielplan des Schauspielhauses, sondern das kulturelle Angebot insgesamt unter dieses Motto gestellt sein soll, tritt die Frage nach dem Verhältnis der Stadt zu den Emigranten in den Vordergrund, und das ist ja nun leider nicht in erster Linie eine Frage der künstlerischen und geistigen Befruchtung. Denn der Dialog und der Austausch im geistigen und künstlerischen Sinn sind da — wie anderswo, nicht nur in der Schweiz — durch Misstrauen, Staatsraison, Abkapselung gegenüber dem Fremden gestört und oft auch verhindert worden. Es ist richtig, diesen Aspekt durch Ausstellungen zu dokumentieren und durch andere Veranstaltungen ins Bewusstsein zu rufen. Aber es wird niemals möglich sein, dem Thema auf diese Weise gerecht zu werden. Was steht da alles bevor? Die Flüchtlingshilfe gedenkt, einen Tag des Flüchtlings zu veranstalten. Am Neumarkt, auf dem Lindenhof und auf dem Helvetiaplatz soll in der Art des Strassentheaters an prominente Vertriebene erin-

nert und zugleich das kulturelle und politische Klima in der Schweiz und in Zürich in den dreissiger Jahren vermittelt werden. (In der Vorschau werden — konkretisierender Hinweis? — das Landi-Dörfli und das Trio der Geschwister Schmid erwähnt ...) Im Volkshaus sind Aufführungen von Wladimir Vogels «*Thyl Claes*» und von der weltlichen Kantate «*Jemand*» (Musik: Tibor Kasics, Erzählung Hans Sahl, nach Holzschnitten von Frans Masereel) geplant. Das Konzertprogramm gilt dem Musikschaffen der Zeit von 1933 bis 1945. Ausserdem gibt es Ausstellungen wie die im Kulturzentrum Kanzlei mit dem Titel «*Über die Grenzen — Widerstand im Exil, Transit und Exil*» oder im Kunsthaus eine grosse Photo-Ausstellung «*Fluchtpunkt Schweiz*». Im Vortragssaal des Kunsthauses zeigt die Präsidialabteilung ihrerseits eine Dokumentenschau «*zu einer Stadt und ihrem Theater*».

*

Seinerzeit mussten wir zur Kenntnis nehmen, dass der Plan vorläufig gescheitert sei, den von Gottfried Greiffenhagen für die Bühne umgearbeiteten Roman «*Lidice*» von Heinrich Mann als Uraufführung und Beitrag des Schauspielhauses zum Festwochen-Programm herauszubringen. Mir war schon immer rätselhaft, was eigentlich diese Roman-Adaptierungen sollen; ein noch nicht weit zurückliegender Versuch dieser Art (auch mit Greiffenhagen als Autor) hat alles andere als überzeugt. Nun musste die Dramaturgie der Presse mitteilen, nach Vorliegen der dritten Fassung des «*Lidice*»-Projekts habe sich erwiesen, «*dass der vorgesehene Regisseur nach eigenem Verständnis dafür nicht in Frage kommt*». Angesichts des «*politisch und*

ästhetisch heiklen Themas» sei jedoch ein Ersatz in der noch verbleibenden Zeit nicht zu finden. Kurzfristig setzte man darum das Stück «*Der Bockerer*» von Peter Preses und Ulrich Becher auf den Spielplan der Juni-Festwochen. Hätte es aber nicht naheliegendere Möglichkeiten als Heinrich Manns diskutablen Roman oder nun den «*österreichischen Schweijk*» gegeben? Nichts gegen Prestes und Becher, es ist ihnen zu gönnen, zur Ehre dieser schweizerischen Erstaufführung zu kommen. Aber die Frage bleibt, warum denn das «*federführende Institut*», das den Fest-

Das Zürcher Schauspielhaus war wohl der einzige Ort in der Schweiz, wo die Emigranten von einer breiten Öffentlichkeit vorbehaltlos unterstützt, wo ihre Leistungen offen anerkannt und gewürdigt wurden. Die Flüchtlinge selber spürten, dass hier die unselige, den Geboten der Zeit nicht entsprechende Grenze zwischen Emigranten und Einheimischen durch ein grösseres Ganzes verwischt worden war. Was diese mit jenen verband, war neben der Bedrohung von aussen der gemeinsame Glaube an abendländische Werte, die es gegen den Ungeist zu verteidigen galt. Die geflohenen Schauspieler waren plötzlich nicht mehr nur Nehmende, sondern auch Gebende, nicht mehr nur geduldet, sondern geschätzt, nicht mehr nur zu Gast, sondern zu Hause.

Peter Stahlberger in: Der Zürcher Verleger Emil Oprecht und die deutsche politische Emigration 1933–1945. Europa Verlag, Zürich 1970.

wochen 1988 das Thema gestellt hat, nicht eben auf das zurückgriff, was in der eigenen Tradition dazu vorliegt. Wollte man die Schrecknisse der Zeit vor fünfzig Jahren in Erinnerung rufen? Warum dann nicht der Versuch, das Stück *«Der Mond ging unter»* (John Steinbeck) neu zu inszenieren? Vielleicht ist es wirklich kein besonders gutes Stück, rein ästhetisch betrachtet. Aber es muss eine ungeheure Wirkung gehabt haben, es muss davon etwas ausgegangen sein, das einem Publikum von heute vielleicht fremd ist, ihm aber eben darum vielleicht die Zeit näherbringen könnte, in der es spielt und in der es zu einem der grössten Erfolge des Schauspielhauses wurde. Ich meine überhaupt, es gäbe aus der Zeit des Neubeginns unter der *«Neuen Schauspiel AG»* Dinge, die man sich wieder ansehen müsste. *«Eine kleine Stadt»* von Thornton Wilder zum Beispiel, unpolitisch auf den ersten Blick, aber vermutlich eine Bestärkung im Widerstand nur schon darum, weil dieses bezaubernde Spiel auf leerer Bühne völlig unpathetisch vermittelte, welche Werte es zu schützen galt und wofür es sich zu kämpfen lohnte. Mich wundert auch ein wenig, bei der doch eben damals engen Beziehung zu Brecht, warum man nicht — etwa im *«Keller»* — ausgewählte Szenen aus den *«Flüchtlingsgesprächen»* vorgesehen hat. Und wenn ich vielleicht noch anbringen dürfte, dass Christopher Hampton ja die Komödie *«Hollywood Tales»* geschrieben und Martin Walser sie übersetzt hat, *«Geschichten aus Hollywood»*, die davon ausgehen, dass Ödön von Horváth im Juni 1938 nicht in Paris verunglückt, sondern dass ihm die Flucht nach Amerika geglückt wäre — dies hätte (meines Wissens) auch eine schweizerische Erstaufführung

gegeben, mehr zum Thema *«Transit»* freilich als zum Thema *«Fluchtpunkt»*. Als Figuren dieses Spiels treten nacheinander neben Horváth auch Thomas und Heinrich Mann auf, Nelly Mann, Helen Schwartz, Salka Viertel, Lion und Marta Feuchtwanger, Katja Mann, Helene Weigel und natürlich auch Brecht.

Doch steht mir nicht zu, hier eine weitere Alternative zu skizzieren (die weniger *«Fluchtgrund»* als vielmehr Überwindung der Halbherzigkeit gegenüber dem Thema *«Fluchtpunkt»* mit Bezug auf das Schauspielhaus wäre). In den Tagen, da ich diese Notizen im Vorfeld der Festwochen abschliesse, hat das *«Theater am Neumarkt»* seinen Beitrag schon herausgebracht: die schweizerische Erstaufführung des Stücks *«Transit Europa»* von Volker Braun, eine szenische Montage mit Motiven aus dem Roman *«Transit»* von Anna Seghers, die das historisch-konkrete Geschehen als Anstoss nimmt, auf die Gegenwart überträgt und unsere Befindlichkeit in einer vom Untergang bedrohten Welt als diejenige des Emigranten versteht, dem alle Fluchtwege versperrt sind. Die Kritik war vorwiegend skeptisch bis ablehnend. Es gelingt der gewiss sorgfältigen und durchdachten Regie von Peter Schweizer nie, die Figuren aus dem blossen Gedanken- und Thesenspiel herauszulocken und zum Leben, zur Selbstdarstellung zu bringen. Was seinerzeit Christoph Heins Stück *«Passage»* zuviel hatte, nämlich bis zum Übermass getriebene Einfühlung in historische Realität, das hat Volker Brauns *«Transit Europa»* eindeutig zu wenig. Da werden zwar provozierende Diskussionsbeiträge von Selbstmördern und Verzweifelten, von einem Monteur und von einem Neger, auch

über Wanderschrift ins Publikum geschleudert. Aber zur Wirkung, die das Theater haben müsste, gerade wenn es aufgreift, was uns Heutige angeht, kommt es an diesem Abend nicht, und die Operette vom Krieg, die einmal als lebensgrosses Kasperletheater eingebaut ist, hat mich (und wenn ich mich nicht täusche, war ich der einzige nicht) nur peinlich berührt. War da so etwas wie virtuoses Spiel mit dem Dilettantismus angestrebt? Volker Brauns Stilprinzip ist das Stil-Sammelurium; die Schauspieler des Theaters am Neumarkt wirken denn auch verunsichert, fallen ins Pathos und in Posen, sind einmal Verkörperung einer Romanfigur und ein andermal Vermittler von Zitaten aus Peter Weiss oder Goethe oder anderen Autoren. Seine Poesie, sagt Volker Braun, sei keine Zuflucht, sondern ein Arbeitsraum. Man kann, wie die Aufführung zeigt, ein Laboratorium nicht inszenieren, ganz abgesehen davon, dass die Botschaft, unsere Existenz sei transitär, auch in chaotischer Verschlüsselung nicht geradezu eine Offenbarung ist. Andererseits erscheint mir dieser schwerlich auf einer Bühne zu realisierende Text in seiner unsinnlichen, szenische Bildhaftigkeit zerstörenden Sprunghaftigkeit auch ein Beispiel für *«den Verfall und das Ende des öffentlichen Lebens»*. Richard Sennett, dessen Untersuchung mit dem Untertitel *«Die Tyrannei der Intimität»* deutsch im Fischer Taschenbuch-Verlag vorliegt, enthält manchen Hinweis darauf, wie sehr die moderne Gesellschaft ihr Ausdruckspotential verloren hat, wie wenig also das Bild vom *theatrum mundi* noch stimmt. *«In der modernen Gesellschaft sind die Menschen zu Schauspielern ohne Kunst geworden»*, sagt Sennett, und an anderer Stelle verweist er

auf Aristoteles, der die Bereitschaft, den Zweifel zeitweilig ausser Kraft zu setzen, zu einer der Voraussetzungen des Theaters erklärt.

*

Erfahrungen und Einsichten dieser Art lassen es angezeigt erscheinen, das Theaterschaffen des Schauspielhausensembles in der Zeit der Gründung der *«Neuen Schauspiel AG»*, dem es weder an Ausdruckspotential noch an öffentlicher Wirkung gemangelt hat, ernsthaft zu bedenken. Man sollte es sich dabei nicht zu leicht machen mit Begriffen, die in solchem Zusammenhang wie gängige Münze verwendet werden: *«politisches»* und natürlich *«antifaschistisches»* Theater etwa. Es gibt einen Text aus dem Jahr 1945 (in der Flüchtlings-Zeitschrift *«Über die Grenzen»*, Nummer 4/1945 in Affoltern a.A. erschienen), der als Dank geschrieben worden ist: *«Eine Stimme aus dem Zuschauerraum»*. Der Verfasser ist Hans Mayer, einer der Redner an der im Rahmen der Festwochen geplanten Matinée. 1945 schrieb Hans Mayer:

«Worin bestand für uns, für die Menschen vor der Rampe, für die Flüchtlinge, die besondere Eigenart gerade dieses Theaters im Vergleich zu dem, was wir früher an Theaterspiel erlebt hatten? Es war bürgerliches Theater, das war nicht zu bezweifeln. Hier wurde der zwiespältige Versuch nicht noch einmal gemacht, an dem Erwin Piscator in Berlin gescheitert war: scheinbar revolutionäres Theater in eine gesellschaftlich weithin unerschütterte Umwelt zu stellen. Der Stabilität der sozialen Verhältnisse und der politischen Demokratie in der Schweiz entsprach ein Theater, in dem sich die konkreten Menschen wieder zu erkennen vermochten — und das

musste eben ein bürgerliches Theater in dem Sinne sein, dass es Diskussionsfreiheit bot. Es stellte dramatische Werke nebeneinander, die einer lebendigen Weltanschauung dienen, ohne selbst Stellung zu ihnen zu nehmen, es sei denn in jenem liberalen Sinne, dass es sie gleichberechtigt nebeneinander auftreten und lebendig werden liess.» Das wird mit ein paar Beispielen illustriert, und dann steht da noch: *«Aufgabe des Betrachters war es, für sich zu wählen — oder auch nicht zu wählen und bloss zu geniessen. Auch in dieser Nichtentscheidung zwischen einem Theater, das verpflichtet, und einem Theater, das geniessen lässt, spürte man wieder die Form des bürgerlichen Theaters in einer Gesellschaft mit weitgehend liberalen, demokratischen Traditionen.»*

Das ist die Stimme eines Flüchtlings, eines *«Deutschen auf Widerruf»*, der über seine Erfahrungen als Emigrant in

der Schweiz, als internierter Ausländer und beargwöhnter Intellektueller in seinen Memoiren kein Blatt vor den Mund nimmt. Den Blick für das Wesentliche und für die ganz besondere Leistung des Schauspielhauses, wo eine kreative Verbindung zwischen dem Fremden und dem Eigenen Tatsache wurde, hat er sich, wie dieser frühe Text zeigt, auch unter Umständen bewahrt, die für ihn nicht leicht waren. Im nachhinein kann man nur staunen, welche Wandlungen sich in den viereinhalb Jahrzehnten seither Begriffe wie *«bürgerliches»* und *«verpflichtendes»* Theater gefallen lassen mussten. Sich heute auf den Geist der Liberalität zu besinnen, der in diesem Aufsatz in einer Flüchtlings-Zeitschrift von 1945 beschworen ist, dürfte für die Stadt und ihr Theater auch unter völlig anderen äusseren Voraussetzungen erspriesslich sein.

Anton Krättli

**Tiger-Schibe,
gäbig, guet
u gschwind**

**«Sandwich», die milde
...aus Emmentaler**

**«Delicrem», die rahmige
...besonders leicht schmelzend**

**«Toast extra», die rezente
...aus Gruyère, Appenzeller
und Emmentaler**



Schmelzkäsespezialitäten Langnau i.E.

tigerkäse ag